

# Volksblatt

Das Volksblatt erscheint mit täglichen Beilagen: Markt-Beilagen, "Künderbund" sowie Volk u. Welt. In uns eingehenden Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das Volksblatt ist das Publikationsorgan der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtlichen Organisationen. - Schriftleitung: Hans 2246, Postfach 22, Dresden, Fernsprech-Nr. 24 667. Verlags-Verantwortliche: Mitteln von 12 bis 1 Uhr.

**Sozialdemokratische Tageszeitung**  
für  
**Halle und den Regierungsbezirk Merseburg**

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis betragt monatlich 2,- Mark einschließlich Zustellungsgebühr. Die Abnehmer 1,80 Mark. Postbezugspreis monatlich 2,10 Mark. Ab Postamt ab 3. Postkasten nummeriert 2,40 Mark. Bei direkter Einzahlung an den Betrag 2,30 Mark. Anzeigenpreis 12 Pfennig im Anzeigen- und 60 Pfennig im Belegheft. 2. Millimeter. - Hauptgeschäftsstelle: Hans 2246, Postfach 22, Dresden. - Zweigstelle: Dr. Ulrichstraße 27 - Verlagskonto 22819, Halle.

## Die Bergarbeiter beschließen den Streik.

Am 17. Oktober erfolgt die Arbeitseinstellung.

Am gestrigen Sonntag hat im „Volkspar“ in Halle eine Konferenz des Bergarbeiterverbandes unter Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Josefmann stattgefunden. Die Konferenz war von 370 Delegierten besucht, aus allen Revieren des Braunkohlenfeldes und von allen Organisationen, die am Tarif beteiligt sind. Das Hauptreferat hielt Reichstagsabgeordneter Schmidt (Kölnum), der noch einmal die Entwicklung der Lohnbewegung darlegte und folgende Entschliessung zur Annahme vorlegte:

„Die von 370 Delegierten der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie besuchte Konferenz nimmt mit Entschiedenheit von der ablehrenden Haltung des Unternehmerverbandes in der Lohnfrage Kenntnis. Wohl haben die Unternehmer die Berücksichtigung einer Lohn-erhöhung anerkannt, sie haben nicht aber von einer vorherigen Kohlenpreis-erhöhung abhängig gemacht. Ja, sie haben sogar verlangt, daß die Reviere der Gewerkschaften sich für eine vorherige Kohlenpreis-erhöhung anstrengen und einleiten möchten. Ein solches Verlangen ist mit Recht als unerhörte Zurückweisung worden. Uebrigens haben die Unternehmer noch nicht den Nachweis erbracht, daß die Braunkohlenindustrie Lohnverhandlungen nicht zu tragen vermag.“

Die Konferenz ist der Auffassung, daß das ganze Verhalten der Unternehmer nur zu dem Zweck erfolgt, um unter den Arbeitern Verwirrung anzurichten, die öffentliche Meinung irrezuführen und diese dringend notwendige Lohn-erhöhung zu verhindern. Die Berücksichtigung dieser nur zu durchsichtigen Absicht darf nicht gelingen. Es ist nicht möglich war, auf friedlichem Wege die Löhne der Braunkohlenindustrie zu erhöhen, so beschließt die Konferenz, daß

### auf allen Revieren die Kündigung einzureichen

ist. Dabei ist folgendes zu beachten: 1. Auf denjenigen Revieren, wo eine vierzehntägige Kündigungsfrist besteht, ist die Kündigung am Montag, dem 3. Oktober, vor Beginn der Arbeit einzureichen. 2. Auf allen anderen Revieren wird die Kündigung am Sonntag, dem 3. Oktober, eingereicht. 3. Nach Ablauf der Kündigungsfrist erfolgt am 17. Oktober auf allen Revieren die Arbeitseinstellung.

Die Konferenz billigt die Haltung der Gewerkschaften und richtet an die Delegierten der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie den dringenden Appell, den Lohnkampf einzig und geschlossen zu führen. Kein Kamerad darf zurückbleiben. Es gilt, durch festes Zusammenhalten bessere Lebensmöglichkeiten zu erkämpfen und die elenden Lohnverhältnisse zu verbessern.“

Diese Entschliessung ist mit 368 gegen 2 Stimmen angenommen worden. Eine Entschliessung der Kommunisten, den Streik am Montag zu beginnen, wurde mit 359 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Mit einem Hoch auf die Lohnbewegung und ihre erfolgreiche Beendigung hat dann Josefmann die Konferenz geschlossen.

Nachdem die Arbeitgeber bisher jedes Entgegenkommen abgelehnt haben und keine Aussicht auf gütliche Beilegung des Lohnstoffes mehr bestand, haben die Vertreter der Gewerkschaften des mitteldeutschen Braunkohlenfeldes nun den vorstehenden Beschluß gefaßt. Der Reichstagsabgeordnete Schmidt hatte vorher in einem eingehenden Referat die Verhältnisse der jetzt ent-

standenen Situation dargelegt. Im wesentlichen führte er aus, daß die ganze Absicht der Arbeitgeber darin ginge,

die Arbeiterorganisationen zum Vorposten für Kohlenpreis-erhöhungen zu benennen.

Dieses Ansjinnen sei mit aller Entschiedenheit abgelehnt worden. Die Frage der Kohlenpreis-erhöhung müsse an einer ganz anderen Stelle ihre Regelung finden. Es müsse die Aufgabe der Arbeitgeber sein, den in Frage kommenden Wirtschaftskörpern und Regierungsstellen nachzuweisen, daß eine Kohlenpreis-erhöhung absolut notwendig ist. Die absichtliche Verzerrung der öffentlichen Meinung über die tatsächliche Lage im Braunkohlenbergbau ergebe sich besonders aus der Tatsache, daß der Generaldirektor Dr. Piastiged in einer Konferenz den Preisvertretern darlegt habe, daß die Arbeitszeit am 1. Juli 1927 um eine Stunde gestrichelt sei und daß außer dieser und den anderen Kosten, die den Braunkohlenbergbau aufgebürdet seien, weitere Kosten ohne Ausgleich der Kohlenpreise nicht zu tragen seien. Damit habe Dr. Piastiged gegeben, daß im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau die Arbeitszeit gleich 8 1/2 Stunden sei. Wenn der Arbeitgeber in der Presse und in einem Flugblatt ausgeben, daß die Löhne ausserordentlich sind, so hätten sie, wenn sie es ernstlich meinen, auf dem Verhandlungswege mit den Gewerkschaften eine Lohn-erhöhung gewähren können. So aber zwingt die Arbeitgeber auf ihren Werken Kreaturen, einen Kampf gegen die Gewerkschaften zur Verhinderung von Lohn-erhöhungen zu führen. Daraus geht ganz eindeutig hervor, daß die Arbeitgeber die Löhne gemässigt nicht erhöhen wollen. Es sei geradezu unerhörte, daß auf der einen Seite den Staat- und Kommunalbeamten bis zu 33 Prozent Gehalts-erhöhung zugesagt wurde, während auf der anderen Seite den geradezu jämmerlich besahlten Bergarbeitern noch nicht einmal eine 13prozentige Lohn-erhöhung zugesagt werden könne. Die Bergarbeiter hätten eine Lohn-erhöhung nötiger als alle anderen Leute. Nach den eigenen Berichten der ersten Braunkohlenfeldes seien sie jetzt, daß die Gehalts-ergebnisse sehr gut seien, so daß

nach allgemeiner Ansicht eine Lohn-erhöhung auch ohne Kohlenpreis-erhöhung tragbar sei.

Das Referat wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Am der nachfolgenden Aussprache beteiligten sich Delegierte aus allen Revieren. Aus dem Gesamtergebnis wurde berichtet, daß ganz merkwürdigerweise

das Bergamt Halle die Genehmigung zur Kündigungsfrist für Frauen erteilt habe. Ein Delegierter aus der Riebeckau teilte mit, daß die Arbeitgeber mit Geld nur so um sich werfen, wenn es sich darum handelt, die gelben Organisationen zu unterstützen oder Arbeitswillige für den Bergbau aus entferntesten Gegenden aufzutreiben. Ein Delegierter aus dem Riebeckau rief unter großer Bewegung der Konferenz aus:

„Man muß sich schämen, Bergarbeiter zu sein. Die toll man mit 3,99 Mk. Gehalt in eine Familie ernähren, mit einem Betrage, der für einen einzelnen nicht ausreicht.“ Weiter wurde ausgeführt, daß es pure Dummheit sei, wenn die Arbeitgeber in ihrem Flugblatt die Arbeiter ermahnen, für den Fall eines Lohnkampfes an ihre Familien zu denken. Diese Forderung beugten die Arbeitgeber immer nur, wenn der Profit in Gefahr sei, sonst kümmerten sie sich den Dreck um das Wohlergehen der Bergarbeiterfamilien.

Sämtliche Reviere erkannten die Taktik der Gewerkschaften für richtig an. Die Entschliessung wurde mit 358 gegen 2 Stimmen angenommen. Diese beiden Stimmen kamen jedoch von Delegierten, die den sofortigen Streik verlangten. Der Streikbeschluss selbst ist also einstimmig. Eine von den Kommunisten eingebrachte Entschliessung, die sofortigen Ausnahme des Kampfes mit 359 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Damit hat die Konferenz dokumentiert, daß sie in voller Einmütigkeit und Beschlossenheit die Maßnahmen der Gewerkschaften billigt.

In seinem Schlusswort ging der Referent Schmidt näher auf die tatsächlichen Fragen zur Durchführung der Kampfbewegung ein. Zum Schluß richtete der Vorsitzende Josefmann einen Appell an die Konferenz, in diesem Lohnkampf einzig und geschlossen zusammenzutreten, alles Trennende zu vermeiden und insbesondere ausschließlich nur die von den Gewerkschaften herausgegebenen Parolen zu befolgen. Der am 17. Oktober 1927 im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau beginnende Streik müsse in voller Einmütigkeit und Beschlossenheit zum Siege der Bergarbeiter führen. Mit einem von den Delegierten begeistert aufgenommenen Hoch auf das gute Gelingen des berechtigten Lohnkampfes schloß Josefmann die impulsive Kundgebung der Arbeiter mit ihrer Erstling ringenden Braunkohlenbergarbeiter.

### Der Schiedspruch für die rheinische Braunkohlenindustrie von den Bergarbeitern angenommen.

Am 3. Oktober. (Radiomeldung.) Eine Revierekonferenz der rheinischen Braunkohlenbergarbeiter nahm am Sonntag nach langer, lebhafter Aussprache den am Montag vom Schlichter für das Rheinland gefällten Schiedspruch in der Lohn- und Arbeitszeitbewegung der rheinischen Braunkohlenbergarbeiter an. Der Schiedspruch bringt am 2. Januar die Verärgerung der Arbeitszeit von 54 auf 51 Stunden wöchentlich, täglich also um eine halbe Stunde. Am 2. April 1928 wird die Schichtzeit um eine weitere halbe Stunde vermindert, während die Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden täglich bestehen bleibt. Die Mehrheit der Konferenz war der Auffassung, daß diese Verärgerung der Arbeitszeit um täglich eine halbe Stunde einen bedeutenden Erfolg darstellt, selbst wenn zuerst noch kein Lohnausgleich damit verbunden ist. Es wird gefordert, daß die Lohnfrage etwa in einem Vierteljahr auf einem anderen Wege erledigt werden kann. Der Beschluß wurde gefaßt von 23 der Anwesenden. Nur etwa ein schwaches Drittel stimmte dagegen.

### Die Braunschweiger zum Kampf bereit.

Braunschweig, 3. Oktober. (Radiomeldung.) Einen vorbereitenden Auftakt zum bevorstehenden Landtagswahlkampf bildete am Sonntag der Bezirksparteitag der Sozialdemokraten in Oker am Harz. Vom Parteivorstand von Genosse Dr. Braun anwesend. Er schloß seine Ansprache mit dem Wunsch, die Braunschweiger möglichst bald zum Kampf freigegeben zu werden. Nachher der Führer der Landtagsfraktion Genosse Dr. Jasper in seinem Referat die dreijährige Wirksamkeit der sozialdemokratischen „Kommunisten-Regierung“ unter welchem Gesichtspunkt gemeindefreudig hatte vorgebracht, die von einer Kommission vorbereitete Kandidatenliste mit den 119 stimmberechtigten Delegierten einstimmig angenommen. Ein gutes Zeichen der Einmütigkeit, die im Wahlkampf sicher ihre Frucht tragen wird!

### Die russisch-französischen Verhandlungen zum Fall Katowitz.

Paris, 2. Oktober. (W.F.B.) Wasas verbreitet eine Mitteilung, laut welcher der französische Gesandter in Moskau entsprechend den telegraphischen Anweisungen Briand gestern mit Tschitscherin eine Unterredung gehabt hat. Es hat anscheinend die Unzulänglichkeit betont, die die Abklärung von Katowitz in Paris in den Augenblicks, in dem Verhandlungen zwischen beiden Ländern zwecks Abschluß eines Nichtangriffspaktes eingeleitet werden sollen. Bis zur Stunde ist keine Entscheidung getroffen worden.

## Freie Bahn für produktive Arbeit

Von Dr. Paul Herk.

Die Wirtschaftslage in Deutschland hat sich in den letzten Monaten dauernd verbessert. Eines der wichtigsten Anzeichen dafür ist die stetige Rückgang der Zahl der Erwerbslosen. Ob aber diese Entwicklung noch längere Zeit anhält, ist zweifelhaft. In vielen Wirtschaftskreisen rechnet man damit, daß nicht nur die alljährliche saisonmäßige Beschäftigung des Wirtschaftslernen ungenügend befriedigt wird, sondern auch eine allgemeine Verschlechterung der Wirtschaftslage einsetzt. Selbst wenn diese pessimistische Auffassung nicht in Erfüllung geht, so erweist sich aber der Unsicherheit der wirtschaftlichen Entwicklung demnach die Aufgabe, Vorsorge zu treffen, um den möglichen Konjunkturmangel zu mildern und zu verlangsamen. Die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten hängt aber zu einem erheblichen Teil von der Bereitstellung von Kapital ab. Die deutsche Volkswirtschaft ist zur Befriedigung der erforderlichen Mittel alle nicht imstande, sondern nach wie vor auf den Zufluss von Kapital aus dem Auslande an sich.

Um die Aufnahme von langfristigen Anleihen aus dem Auslande zu fördern, ist von zwei Jahren die Möglichkeit geschaffen worden, solche Anleihen von der Kapitalertragsteuer zu befreien. Soweit Privatunternehmungen als Kreditnehmer in Frage kommen, ist das auch in sehr weitgehendem Umfang geschehen. Anders der öffentlichen Körperschaften, insbesondere bei den Gemeinden. Durch ein Reichsgesetz vom März 1925 bedürfen Auslandsanleihen von Gemeinden und Gemeindeverbänden einer Genehmigung durch den Reichsfinanzminister. Dieser hat das Genehmigungsrecht auf eine Beratungsstelle für Auslandsanleihen übertragen, in der, neben den Vertretern von Reichsgerichts und den Ländern, insbesondere ein Vertreter der Reichsbank mitwirkt. Durch diese Genehmigungsfrist, vor allem aber durch ihre praktische Ausdehnung, sind die Gemeinden und ihre wirtschaftlichen Unternehmungen unter ein Ausnahmeregime gestellt worden. Während Privatunternehmungen bei der Aufnahme von Auslandsanleihen frei sind, wird den Gemeinden die Genehmigung oftmals ganz oder zum Teil verweigert. Das hat zu ganz unerträglichen Zuständen geführt. Wirtschaftlich berechtigte Bedürfnisse der Gemeinden werden durch die ungenügende Behandlung als die Bedürfnisse der Privatwirtschaft. Da die Gemeinden aber oftmals Gelder unter allen Umständen haben müssen, so nehmen sie sie kurzfristig auf, wenn ihnen die Genehmigung zu einer langfristigen Anleihe verweigert wird. Kurzfristige Gelder aber sind natürlich teurer als langfristige Geld. Alle drei Wirkungen sind nicht nur für die Gemeinden unangenehm, noch unangenehmer sind sie für die Gesamtwirtschaft. Sie übertrifft die Währungs- und reparationspolitischen Gefahren, die von dem Reichsbankpräsidenten Schacht gegen die Aufnahme von langfristigen Auslandsanleihen angeführt werden und die der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius bereits mehrfach öffentlich bekämpft hat. Daher hat sich jetzt auch der Deutsche Städtebund in Wabgung gezwungen gesehen, scharfen Protest gegen die einseitige Bevorzugung der privaten Wirtschaft bei Auslandsanleihen zu erheben. Er hat ferner die Auffassung des Reichsbankpräsidenten, der lediglich die wirtschaftlichen Wirtschaftswirtschaft als produktiv anerkennt, will, als vollstimmig nicht anerkennen will, als vollstimmig nicht anerkennen will. Man kann sich noch weiter gegen und Auslandsanleihen, die der Förderung des Wohnungsbaues seien sollen, als eine in jeder Beziehung als Wirtschaftlich zweckmäßige Verwendung von Auslandsgebern erklären.

Nachdem die Finanzierung des Wohnungsbaues durch inländisches Kapital, auf die die prominentesten bürgerlichen Sachverständigen

# Der Schwarzweißrote Sonntag.

## Die Reichshauptstadt am Hindenburg-Tage. - Kleine Zwischenfälle. Die erhoffte Belegung der reaktionären Wahlposten blieb aus. Kommunisten gehen zu Hindenburg gefolgt.

Berlin, 2. Oktober. (Rabimeldung.)

Die Feier des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten von Hindenburg ist am Sonntag in Berlin ohne eine besondere Erregung und ohne größere Zwischenfälle verlaufen. Weder die Reaktionen, die sich in den letzten Tagen des Jahres zu einem nationalpolitischen Kummel auszuweiten, wie sie es gern gewollt hätten, oder auch die Kommunisten, die den Mund sehr voll genommen hatten, blieben im Hintergrund und nahen gar nicht. Die Spitze der Reaktion und die Stabteilnehmer und was sich sonst aus dem Reich an Angehörigen niedrigerer Berufe eingedrängt hatte, mußten sich auf alle Fälle an den Anblick der Schwarzweißroten Fahnen in der Reichshauptstadt gewöhnen. Der Tag wurde, das ist allerdings nicht zu verkennen, eine recht ruhige und angenehme. Obwohl die große Masse der Arbeiter und Angestellten sich jeder Belegung enthalten hat, zeigte Berlin eher noch mehr reaktionäre Tendenzen als am letzten Belegungsstage. Denn in den Stabteilnehmern der Schwarzweißrote zeigten, so besagt das offizielle, den republikanischen Charakter der Reichshauptstadt, Berlin ist republikanisch, Berlin ist rot, das werden die Reaktionen nicht in den Stabteilnehmern und daran wird gar nichts bei Versuch der Deutschnationalen ändern, den Geburtstag Hindenburgs als Auftakt für ihre Wahlposten auszugeben.

In den einzelnen Stadtteilen hat die Polizei drei- bis vierstündig

vorgenommen. Es handelt sich in der Hauptstadt am 1. u. 2. Oktober um die Reaktionen der Schwarzweißroten, die entgegen des befohlenen Verhaltens kleinere Unruhen zu veranstalten, oder die zur Spaltpartei aufzubrechen. Die Reaktionen wurden auf Automobilen dem Polizeiprestridium gegenüber. Dabei erregte sich im Teile des Polizeiprestridiums ein 11. u. 12. Als ein Auto, auf dem sich 80 Kommunisten befanden, eine Straße wurde, schlug der Wagen plötzlich um und alle Anwesenden stürzten auf den Boden. Zwei Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes erlitten schwere Verletzungen, die wurden jedoch verletzt. (Sinn. d. Red.) Sicherlich erfolgt deshalb heute in Halle die längst fällige Strafverurteilung.

## Wie München feierte.

München, 3. Oktober. (Rabimeldung.) In Bayern beschränkte sich die Feier des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten auf Feiern in den Schulen. Öffentliche Feiern wurden nirgends veranstaltet. Der Plagenkamm in München war außerordentlich bescheiden. Die Gassen mit geschlossenen Fenstern waren, beschränkt vor. Beiläufig die Universität zeigte daneben noch die Schwarzweißroten und Schwarzweißrote Fahnen. Neben den Belegungen der Post und der Reichshauptstadt wurden ebenfalls auch die Bayern Schwarzweißrote, Dagegen drehte das Reichspräsidentenamt der bayrischen Division dem Reichspräsidentenminister eine Karte, indem sie sich wie zur Zeit Reichspräsidenten die bayrische Regierung hielt und die ganze Bevölkerung des Reiches mit dem Reichspräsidenten. Auf jeden Fall hat die bayrische Regierung gehalten.

## Hindenburgs Geburtstagsgehälter

Das Geburtstagsgehälter der Reichsregierung, das der Reichspräsident und der Reichspräsident am Sonnabendmittag dem Reichspräsidenten übergeben, besteht aus einem in der Staatskanzlei des Reichspräsidenten gefertigten Briefe des Reichspräsidenten, die am 1. Oktober 1920. Die darunter zahlreiche Tausend. Jedes trägt eine besondere Widmung zum 80. Geburtstag. Das Service ist eine Anzahlung von 80. Geburtstag, das vor 180 Jahren für Friedrich II. hergestellt wurde.

Die Vertreter der deutschen Wirtschaft überreichen dem Reichspräsidenten eine Eigentumsurkunde auf das Stammschloß der Familie Hindenburg, Neues in Ostpreußen. Die Organisationen der Wirtschaft haben durch eine Sammlung das Eigentumsrecht an Schloss Neues erworben, welches dem Reichspräsidenten als persönliches Geschenk übergeben. Bei der Uebergabe der Urkunde der Hindenburg-Spende durch den Reichspräsidenten teilte dieser mit, daß bereits 1500 Reichsmark und 1000 Reichsmark, die sich in besonderer Weise befinden, mit einem einkommensreichen Betrag von 200 Mk. befreit worden sind.

gen im Frühjahr dieses Jahres die allergrößten Hoffnungen gesetzt hatten, in jeder Weise gefördert ist, gibt es überhaupt nur noch zwei Finanzquellen für den Wohnungsbau, und zwar die Erträge der Haussteuer und die Erträge von Auslandsanleihen. Die Erträge der Haussteuer sind durch die Verwirklichung eines Wohnungsbauprogramms von 200 000 Wohnungen unzulänglich. Infolgedessen können entweder nur etwa 150 000 Wohnungen gebaut oder es müssen Auslandsgebäude beschafft werden. Unterleibt das letztere, dann heißt das Verwirklichung der Wohnungsnot mit all ihren unangenehmen sozialen Folgen. Man muß sich dabei auch darüber im klaren sein, daß jede Einschränkung der Wohnungsbauförderung die übrigen Wirtschaftszweige zurückdrückt und die Tendenz zu einer Verschlechterung verstärkt.

Die Kritik an dem Verhalten der Beratungsstelle, in der die Haltung der Reichsbank fast immer entscheidend war, hat nicht verhindern können, daß die Reichsbank neuerdings bei Aufnahme von Auslandsanleihen der Kommunen noch ablehnender gegenüber als bisher. Allgemeine volkswirtschaftliche Gründe sind hierfür nicht maßgebend. Werden sie bestehen, dann wäre eine Kontrolle und eine Genehmigungspflicht der Privat-Anleihen ebenso notwendig wie für öffentliche Anleihen. Dann müßte man Herrn Schacht einen schweren Vorwurf daraus machen, daß er bisher nichts getan hat, um diese Genehmigungspflicht für Privatleihen einzuführen. Wir scheuen uns auch nicht, offen auszusprechen, daß nach unserer Meinung die Ablehnung der Reichsbank gegen Auslandsanleihen der Kommunen vor allem auf den Wunsch der Privatbankiers zurückzuführen ist, die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden zwangsweise zu hindern. Es fehlt Herrn Schacht und seinen untergeordneten Organen nur an Mut, sich zu dieser unethischen Anschauung öffentlich zu betennen. Neue Richtlinien von Herrn Schacht wollen, daß die Prüfung von Auslandsanleihen künftig noch schärfer vorgenommen wird als bisher, und zwar erstens dahin, ob der Anleihenehmer nicht inwärtigen kann, bis der inländische Geldmarkt die erforderlichen Gelder zur Verfügung stellen kann, und zweitens, ob eine Anleihe ausschließlich für produktive Zwecke verwendet werden soll. Die Aufnahme von Auslandsanleihen soll also nicht erleichtert, sondern sogar noch erschwert werden.

Dieses Verhalten des Reichsbankpräsidenten ist eine volkswirtschaftliche Gefahr. Es droht nicht nur die Tätigkeit der Gemeinden, sondern es ruft auch die Gefahr hervor, daß die Wirtschaftslage verschärft wird und Fundamentale auf neue das Fundament der Wirtschaft zu verschärfen. Daher hat die sozialdemokratische Reichsregierung für Kommunalpolitik nach Abschlus der Ausgabe über Wohnungsnot und Wohnungskultur eine wichtige Entscheidung zum Wohnungsbauprogramm 1920 angenommen. Sie fordert: 1. die Vereinfachung der Haussteuererträge zur Gewährung von verbilligten Hypotheken aus öffentlichen Mitteln; 2. Erleichterungen der zur Ergänzung der öffentlichen Mittel unentbehrlichen privaten Baufinanzierung, und zwar unter anderem durch Vereinfachung der Sonderkontrollen der Gemeinden durch die Beratungsstelle für Auslandsanleihen

öffentlicher Körperschaften. Nachdem auch der Deutsche Städtebund gegen die unerwartete Prognose der Beratungsstelle für Auslandsanleihen aufgetreten ist, ist zu hoffen, daß Vorläufe der Sozialdemokratie auf Aufbau des Reiches vom März 1920 und Kapitalerträge der Reichsbank für Auslandsanleihen öffentlichen Körperschaften künftig mehr Erfolg haben werden als bisher.

## Notwendige Trennung.

Berlin, 2. Oktober. (Eig. Draft.) Der Minister für öffentliche Arbeiten im Wilsdorf-Rabini, Morozowski, ist jetzt in aller Form einig mit der politischen Sozialistischen Partei ausgefallen worden. Er wurde wiederholt von den Parteiführern aufgefordert, gemäß der oppositionellen Stellungnahme der Partei zum Kabinett Wilsdorf sein Ministeramt niederzulegen. Da Morozowski, der persönlich mit Wilsdorf aus besten revolutionären Zusammenhängen hervorgeht, dieser Aufforderung nicht nachkam, wurde er vor das oberste Parteigericht gestellt, das jetzt auf Wilsdorf erkannt. Der Parteivorstand ist diesem Beschluß beizustimmen.

## Was uns nicht trifft...

Berlin, 2. Oktober. (Eig. Draft.) Die Amtsenthebung von 160 politischen Lehrern in Preußen wegen Nichtbeachtung der litauischen Sprache hat in Polen große Erregung hervorgerufen und die antilithuanischen Bestrebungen in den Provinzen von Litauen und anderen Provinzen nahegelegenen Städten Protestveranstaltungen, gegen diese Maßnahmen statt. Das Polen selbst einmal ähnlich gegen deutsche Lehrer in Posen, die in vorgangenen Jahren in der polnischen Öffentlichkeit befreidlicherweise nicht mehr erwähnt.

## Monarchistische Revolutionen.

### Die Schwarzweißroten unter Morgenluft.

Berlin, 2. Oktober. (Rabimeldung.) Am Sonntag fand in Darmstadt eine Demonstration für die Befreiung der beiden früheren Dragoner-Regimenter statt. Die Feier wurde zu einem monarchistischen Kummel förmlich ausgefallen. Der ehemalige heilige Großherzog, der erst seit 1919 seine militärischen Pflichten erbeden konnte, wurde er von Soldaten in Uniform, spielte die Hauptrolle bei der Veranstaltung. Mit offenem Sinn vor seine beiden Söhne erklärte er bei der Kranzübertragung: „Das ist die Jugend, für die sie gefallen sind. Treue und Ehre. Diese ungeheure Revolution, die in den fünfzig Jahren fand, kann ihre Fortsetzung in einem Reichsbau vor dem ehemaligen Großherzog, wobei auch einige Reichsbesitzungen militärische Ehren erwiesen. Obwohl keine schwarzwitzroten Fahnen gezeigt wurden, nahm eine kurze Rede des Reichspräsidenten in der feierlichen Rede teil, die die Reichspräsidentenminister an der Veranstaltung teil. Das heilige Gesamtministerium hatte den heiligen Beamteten die Teilnahme an diesem monarchistischen Regiments unterlag. Trotzdem hatte sich eine Anzahl Beamteten eingedrängt.

### Der litauische Oberpräsident bei Stresemann.

Der litauische Oberpräsident Wolde marasch, der auf der Rückreise von der Fortsetzung der Verhandlungen über die deutsch-litauischen und die Grenzfragen in Berlin eingetroffen ist, wurde am Sonntag mittags vom Reichspräsidenten empfangen.

### Ein Geldrat amerikanischer Studenten.

„New York Herald“ aus Chicago berichtet, daß die streikenden Studenten der General-Hochschule durchgesetzt, daß für die 24 Regiments, gegen deren Zulassung sie protestierten, ein besonderes Gebäude errichtet wird.

Während die Kommunisten so taten, als ob sie den Kummel der Postgeposte beilegte, so ist die russische Harmonie mit den Postisten und Gesundheitsfürsorge der übrigen Länder ihre Gebäude festlich gesegnet und unter dem Zeichen von Gerechtigkeit, die im Palast des Reichspräsidenten, befindet sich auch eine künstlerisch ausgeführte Glückwunschkarte, in der die Sowjetregierung Hindenburgs ihre Glückwünsche übermittelte. (Man vergleiche damit die allgemeine Unterdrückung des heiligen Sozialismus, die nicht und Duesberg gegen zu Hindenburg.)

Der erste Empfang am Sonntagmittag galt der Reichsregierung, die vollständig dem Reichspräsidenten erschien. März und Hindenburg hielten dabei Anreden. Überwies der Reichspräsident, nach der Reichspräsidenten, die die Republik errichtete. Es blieb dem Reichspräsidenten die Rede beim Empfang des Reichspräsidenten vorbehalten, auf die Stellung Hindenburgs als Präsident der deutschen Republik hinzuweisen, woran Hindenburg erwiderte: „Der Herr Reichspräsident hat die Ehre, die die Reichspräsidenten und das Lager als Abgeordnete, die sie auch vom Volk gewählt sind, wie ich vom Volk gewählt bin.“ Diese Ausführungen Hindenburgs richteten sich, daran kann kein Zweifel sein, offensichtlich gegen die Ausführungen der deutschen Reichspräsidenten der letzten Jahre. Im Reichspräsidentenpalast erschienen außerdem das preussische Staatsministerium und die Vertreter der deutschen Länder, das diplomatische Korps, die Beauftragten, das Präsidium des Reichspräsidenten, das Reichspräsidentenamt, die Berliner Reichspräsidenten, die Reichspräsidenten, die Reichspräsidenten in der das große Ehrenabzeichen, das in der Farben der Republik reich geschmückt war, die Berliner Schützenbund der Reichspräsidenten eine Pulvisierung bekrachten, indem sie mehrere Volkstiere fangen.

## Shaw als Kontorist.

Wie so mancher berühmte Mann hat auch Bernard Shaw seine Jugend in bescheidenen Verhältnissen verbracht. In den 20er Jahren war er ein kleiner, völlig unbekannter Bureauangestellter. Heute, wo er einer der berühmtesten Schriftsteller der Welt ist, hat er sich in seine Kontoristenaufgaben zurückgezogen. Die englische Angestelltenzeitung „The clerk“ hat nun den wahren Grund, Shaw um ein Kontorist für ihre Zeitschrift, „Bürovereinigung der Kontoristen“ zu bitten, und bereitwillig erfüllt der Dichter diesen Wunsch. Mit einem Kontorist der „Erektion“, so schreibt Shaw, habe ich bereits mit 20 Jahren die Tätigkeit eines Bureauangestellten aufgegeben. Mein erster Jahreslohn betrug die „zweifelnde“ Summe von 18 Pfund; die höchste Gehaltsstufe, die ich je fähig erachtet bin, betrug 24 Pfund gewesen. 40 Jahre nachdem ich das Bureau verlassen habe, ging ich zufällig durch die Straße, in der sich meine frühere Arbeitsstätte befand. Ich hatte eine gesellschaftliche Angelegenheit bei einem Notar zu erledigen und bei dieser Gelegenheit fiel mir ein, daß ich in meine Kontoristenaufgaben zurückgekehrt sei. Ich ging in das Büro eines Notars, das sich befand. Ein Schild am Hause zeigte mich, daß der Notar noch immer seine alte Rangliste innehatte, und ein passender Vorstand, das Büro zu betreten, war für mich gefunden. Ich blieb ein wenig stehen und wurde durch den Vorsteher der Gläubiger in mein altes Büro, mußte jedoch zu meiner Enttäuschung feststellen, daß mein alter Platz nicht mehr vorhanden war, da man das sehr geräumige Zimmer durch eine Wand in zwei Räume geteilt hatte. Ich ging nun nach eine Treppe hinauf, um den alten Notar anzufinden, der jedoch nicht anwesend war. Ich sprach mit seinen Gehilfen, der zugleich das Erbeamt eines Richters bekleidete und durchaus von seiner hohen Würde durchdrungen war. Da der Richter ein ziemlich leistungsfähiger Mann war, begann ich mit ihm zu plaudern, und erwiderte mir, daß ich vor 40 Jahren in diesem Hause als Kontorist gearbeitet hätte. Sofort verwandelte sich bei diesem Gespräch das leuchtende Gesicht des, nachlässigen Würdenträgers“ in tiefe Befürchtung; er sagte mir

## Wachmann redowim.

### Die Sehnsucht nach dem Publikum.

#### Ein ungewöhnliches Schicksal.

Der weltberühmte russische Pianist Wladimir von Schostakowitsch hat sich in den letzten Jahren von den russischen Konzerten in ein fändiges, gefeierter Gast war, und der hier wie anderswärts wegen seines unerschöpflichen, postverletzlichen Copolipiens nicht minder berühmt war als wegen der eigenartigen Improvisationen, mit denen er zum Ergötzen des Publikums sein Spiel begleitete, hat sich schon seit Jahren vom Publikum zurückgezogen und lebt, von der Welt fast vergessen, als Privatmann auf seinem einsamen Landgut. Wie jetzt aus London gemeldet wird, hat sich der große Moskauer Komponist, der an der Schwelle des 80. Lebensjahres steht, ebenfalls in einem Konzertsaal wieder aufgenommen und eine Konzerttournee durch England angetreten. Er folgt dabei dem Rate seines Arztes, er erkornte, daß allein die Sehnsucht nach dem Publikum und dem Beifall der Zuschauer das Leben war, das ihm die nötige Energie und die nötigen Kräfte zu schaffen machte, und empfahl ihm deshalb dringend die Flucht in die Dämlichkeit. Wie englische Musikzeitschriften, die Pianist kürzlich in einer Privatgespräch mit seinen Schülern berichtet, hat sein Leben in einem Konzertsaal nicht in einem Konzertsaal, dessen Mitarbeiterinnen mit Spannung warteten, auf eine launigen Flaubert als Wort, der er sich über seine Kunst und sich selbst verurteilte.

„Wie ich in erster Linie eine Selbsterfüllung und erst in zweiter eine Musik“ bezeichnet Wachmann. Wie oft ist dieser Vorwurf von Kritikern in aller Herren Länder gegen mich erhoben worden! Wenn es nach dem Sinn dieser Worte ginge, hätte ich vielleicht in einem Konzertsaal nicht in einem Konzertsaal, sondern in einem Konzertsaal, dessen Mitarbeiterinnen mit Spannung warteten, auf eine launigen Flaubert als Wort, der er sich über seine Kunst und sich selbst verurteilte.

fühl, daß er zwar auch vor 40 Jahren in diesem Hause tätig gewesen ist, daß er jedoch nicht an mich erinnern könne. Stolz hielt er mir vor, daß er in Gegenwart zu mir 40 Jahre hindurch dieselbe Stellung innehatte. Mit Grauen dachte ich daran, daß dieser Mann 40 Jahre hindurch jeden Morgen um 10 Uhr im Bureau erschien, um es pünktlich um 5 Uhr nachmittags zu verlassen. Ich nehme an, daß er es auch noch weitere 10 Jahre hindurch tun wird, bis er auf ein halbes Jahrhundert als Angestellter zurückziehen kann. Und dies alles, während ich in allen Erdteilen berüchtigt wurde und während die Presse der ganzen Welt sich mit mir beschäftigte. Nicht anders wäre mein Schicksal verlaufen, hätte nicht ein Zufall mich von der Menge emporgehoben als einen Menschen, der nur das Talent hat, Lügen lebendig und überzeugend zu gestalten.“

## Prof. Vichennius gestorben.

Nach ungefähre einer Woche Krankheit starb am Sonntagmorgen in Stockholm der weltberühmte Gelehrte Prof. Dr. Spante Archenius im Alter von annähernd 68 Jahren. Der Verstorbene war Mitglied zahlreicher europäischer Universitäten und ist vor allem durch die elektrolytische Dissoziationstheorie bekannt. Prof. Archenius war der erste Doktor, der den Nobelpreis in Empfang nahm, und zwar den Chemiepreis im Jahre 1903.

## Zahnklinik der Firma Baruch.

Nach ungefähre einer Woche Krankheit starb am Sonntagmorgen in Stockholm der weltberühmte Gelehrte Prof. Dr. Spante Archenius im Alter von annähernd 68 Jahren. Der Verstorbene war Mitglied zahlreicher europäischer Universitäten und ist vor allem durch die elektrolytische Dissoziationstheorie bekannt. Prof. Archenius war der erste Doktor, der den Nobelpreis in Empfang nahm, und zwar den Chemiepreis im Jahre 1903.

## Ballettsches Theater und Kunsthörsen.

Ballettsches Theater, Friedrich Schiller, dessen „Verheiratete“ am kommenden Dienstag im Theaterbau zur Aufführung kommt, ist bereits in Halle in Vorbereitung. Der Dichter wird auch der ersten Fassung beizugehen.











